



«Stopp der Gewalt» – Protestierende fordern ein Ende der brutalen Repression in Belarus.

Foto: REUTERS/Vasily Fedosenko

Belarus / Algerien

Gegen Kriminalisierung: Solidarität mit unabhängigen Gewerkschaften

«Die unabhängige Gewerkschaftsbewegung in Belarus ist seit 26 Jahren Unterdrückung und Repression ausgesetzt. Deswegen waren wir als einzige Bewegung darauf vorbereitet, uns gegen Repression zu wehren.» Dies berichtet Lizaveta Merliak, internationale Sekretärin der Belarussischen Unabhängigen Gewerkschaft (BNP). «Über Weihnachten hatten wir eine kurze Verschnaufpause, jetzt ist es wieder losgegangen.» Als Anfang August die fingierten Wahlergebnisse zu Gunsten des Langzeitherrschers Lukaschenko bekannt wurden, legten Arbeiter*innen in staatlichen Betrieben spontan die Arbeit nieder. Die breiten Proteste auf der Strasse wurden von den staatlichen Sicherheitskräften

brutal niedergeknüppelt, zahlreiche Protestierende wurden verletzt, manche getötet, Tausende willkürlich verhaftet. Mehrere Aktivist*innen der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung sind nun angeklagt, weil sie einen Streik begonnen hatten, andere sitzen im Gefängnis oder sind im Exil. Derweil gehen die unabhängigen Gewerkschaften mit Klagen wegen illegaler Entlassungen gegen die Unternehmen vor. Sie gehen zwar nicht davon aus, dass die regimetreuen Richter sich für die unabhängigen Gewerkschaften aussprechen, wollen aber alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel nutzen. Die unabhängigen Gewerkschaften sind gefordert, ihre angeklagten, inhaftierten

beziehungsweise entlassenen Mitglieder zu unterstützen. Gleichzeitig geht es darum, Organisation von unten noch intensiver zu betreiben, um die unabhängige Gewerkschaftsbewegung zu stärken. Es ist wichtig, dass sie dabei mit unserer Solidarität rechnen können. Auf Solidarität zählen auch die unabhängigen Gewerkschaften in Algerien. Dort geht das Regime seit Beginn der Covid-19-Pandemie mit verstärkter Repression gegen die Volksbewegung Hirak und die sie unterstützenden unabhängigen Gewerkschaften vor. Seit sich die Proteste von den Strassen in die sozialen Medien verschoben haben, sind diese nun vermehrt zur Zielscheibe des Regimes geworden. Die aktuelle Unterstützungsaktion ist deshalb den unabhängigen Gewerkschaftsbewegungen in Algerien und in Belarus in ihrem Kampf gegen Kriminalisierung und Repression gewidmet. Mit unserer Solidarität wollen wir die Bewegungen stärken.

Merci für Ihre Unterstützung!

Dem Regime virtuell trotzen

«Ihr Diebe, ihr esst unser Land!» schreien die Algerierinnen und Algerier, als sie am 16. Februar 2019 die Strassen Algeriens füllen. Sie protestieren gegen die Armut und Perspektivenlosigkeit, die immer weiter zunehmen, während sich korrupte Politiker und das Militär dank Algeriens Erdöl bereichern. Die Ankündigung des damaligen Präsidenten

Bouteflika, sich für ein fünftes Mandat zur Wahl zu stellen, war der Anstoss für die Algerierinnen und Algerier, den öffentlichen Raum zu erobern und in friedlichen Protestmärschen eine tiefgreifende politische und gesellschaftliche Transformation des Landes zu fordern. An vorderster Front der breiten Protestbewegung, der Hirk, stehen

junge Frauen. Für die Mobilisierung und Organisierung von Arbeiterinnen war die Vorarbeit der unabhängigen Gewerkschaften nicht unbedeutend. Seit Jahren arbeitet ihr Frauenkomitee daran, Frauen zu organisieren und sie in ihren Rechten zu bestärken. Auch dank dieser Arbeit fordern die Arbeiterinnen in der Hirk nun selbstbewusst ihren Platz in der Gesellschaft ein und wissen, wie sie sich organisieren. Die unabhängigen Gewerkschaften stützen von Beginn an die Hirk.

Nach Bouteflikas Rücktritt im Frühling 2019 protestieren die Menschen unbeeinträchtigt weiter. Jeden Dienstag und Freitag fordern sie den Systemwechsel, bis im März 2020 das Coronavirus Algerien erreicht. Die Aktivist*innen entscheiden daraufhin, die wöchentlichen Proteste vorerst auszusetzen. Die Mobilisierungen verschieben sich mehrheitlich auf die sozialen Medien und die unabhängige Presse.

Schutz vor Überwachung

Das Regime nützt die Pause aus, um noch repressiver gegen die Hirk vorzugehen. Online-Nachrichtenportale und soziale Medien werden überwacht – ein Mitglied des Frauenkomitees sass aufgrund eines kritischen Posts in den sozialen Medien mehrere Monate im Gefängnis. Der renommierte Journalist Khaled Drareni wurde wegen seiner Reportagen über die Hirk zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Beide sind keine Ausnahmen: Blogger*innen, Journalist*innen, Aktivist*innen, Gewerkschafter*innen, die in den sozialen Medien das Regime kritisieren, werden unter vagen Anschuldigungen festgenommen. Zurzeit befinden sich geschätzte 60 Aktivistinnen und Aktivisten der Hirk-Bewegung im Gefängnis.

Die virtuelle Welt eröffnet zwar Freiräume für Proteste, jedoch ist die staatliche Überwachung auch dort immer stärker präsent. Die unabhängigen algerischen Gewerkschaften wollen deshalb Aktivistinnen und Aktivisten in digitaler Sicherheit schulen. So sollen sie in den sozialen Medien Beiträge veröffentlichen können, ohne sich zu gefährden. Nachrichten auf ihren Mobiltelefonen und Computern sollen vor den Behörden geschützt werden. Der SOLIFONDS unterstützt die unabhängigen Gewerkschaften dabei. Damit die Hirk auch nach der Covid-19-Pandemie wieder auf den Strassen präsent sein kann, ist sie auf unsere Solidarität angewiesen.



Frauen verschiedener Schichten protestieren gegen das Regime. Foto: REUTERS/Ramzi Boudina

Basisgewerkschaften 10 Jahre nach dem arabischen Frühling

Wenn vom arabischen Frühling die Rede ist, finden die unabhängigen Gewerkschaften kaum Erwähnung. Dabei spielte die Arbeiter*innenbewegung bei den Volksprotesten in Ägypten und Tunesien eine wichtige Rolle. Ihre vorgängige Organisationsarbeit war eine wesentliche Grundlage für die Mobilisierung. Heute stehen die Gewerkschaften nicht nur in Algerien unter Druck.

In Ägypten entstanden kurz nach dem Sturz Mubaraks Dutzende von Betriebsgruppen und Basisgewerkschaften, die auf eine erstarkende unabhängige Gewerkschaftsbewegung hoffen liessen. Doch mit der Machtergreifung des ehemaligen Generals al-Sisi sind die Basisgewerkschaften massiv unter Druck geraten. Sie werden an ihrer Arbeit gehindert, Gewerkschafter*innen werden überwacht oder verhaftet. Doch die Gewerkschaften lassen sich nicht beirren. Besonders wichtige Arbeit leisten sie mit prekarierten und migrantischen Arbeiterinnen.

In Tunesien haben die Volksaufstände zwar mehr Meinungsfreiheit gebracht, an der wirtschaftlichen Perspektivenlosigkeit aber hat sich wenig geändert. Die vom Internationalen Währungsfonds IWF diktierten Strukturanpassungsprogramme haben die Löhne gesenkt, die Arbeitslosigkeit steigt. Die Erwerblosenbewegung UDC (Union des Diplômés Chômeurs), die der SOLIFONDS in der Vergangenheit unterstützte, mobilisiert ununterbrochen gegen die neoliberale Politik der Regierung. Auch bei den aktuellen Protesten in Tunesien, ausgelöst durch die steigende Arbeitslosigkeit, ist die UDC dabei. 10 Jahre nach dem arabischen Frühling geht ihr Kampf für Arbeit und Würde weiter.



Demonstrierende singen im August 2020 vor einer Fabrik in Solidarität mit Streikenden.

Foto: REUTERS/Vasily Fedosenko

Belarus: Basisgewerkschaften unter Druck

Unabhängige Gewerkschaften stärken

Am 19. Januar entschied das Oberste Gericht in Belarus, dass der Streik in der staatlichen Düngemittelfabrik Belaruskali illegal gewesen sei. Dies war ein weiterer Schlag gegen die Rechte der Arbeiter*innen. Im August des letzten Jahres hatten zahlreiche Arbeiter*innen von Belaruskali und weiterer Fabriken im Protest gegen das gefälschte Wahlergebnis die Arbeit niedergelegt. Mit den Streiks wollten sie den Finanzhahn für das Regime zudrehen. Den breiten Protesten der folgenden Wochen und Monate begegnete das Regime mit Brutalität: Rund 30'000 Menschen wurden festgenommen, mehrere Hundert nachweislich gefoltert. Die unabhängigen Gewerkschaften gerieten besonders unter Beschuss: Zahlreiche Gewerkschaftsaktivist*innen wurden verhaftet und zu Haftstrafen verurteilt, andere flüchteten in benachbarte Länder. «Das Regime ist dazu übergegangen, sich an denjenigen zu rächen, die es gewagt haben, Nein zu sagen und sich für Demokratie einzusetzen», führte Lisaveta Merliak, internationale Sekretärin der Belarusischen Unabhängigen Gewerkschaft

BNP aus. Die Gewerkschafterin wurde selbst im August verhaftet – im Vorgarten ihres Zuhauses auf eine Art und Weise, die einer Entführungsaktion gleichkam.

Vor grossen Herausforderungen

Seit Beginn der Proteste in Belarus sind viele Arbeiter*innen aus den regime-treuen Gewerkschaften ausgetreten. In derselben Zeit haben die unabhängigen Gewerkschaften einen rasanten Mitgliederzuwachs verzeichnet, ihre Mitgliederzahl hat sich verdoppelt.

Eine lokale Sektion der BNP wuchs schlagartig von 22 auf rund 500 Mitglieder. Gleichzeitig haben mehrere Hundert Mitglieder der unabhängigen Gewerkschaften ihre Stelle verloren, gegen zahlreiche laufen Strafverfahren, weil sie an Protesten und Streiks teilgenommen haben, jüngst wurde erneut ein Gewerkschafter verhaftet. Die unabhängigen Gewerkschaften stehen damit vor einer grossen Herausforderung: Aktivist*innen wie Lizaveta Merliak arbeiten rund um die Uhr, um den Anforderungen nachzukommen, ihre angeklagten oder inhaftierten Mitglieder zu unterstützen, gegen illegale Entlassungen vorzugehen und gleichzeitig die Organisation der Arbeiter*innen von unten zu stärken. In dieser kritischen Situation ist es wichtig, dass sie auf internationale Solidarität zählen können, um die unabhängige Gewerkschaftsbewegung in Belarus zu stärken.

Unabhängige Gewerkschaften – 26 Jahre Repression ausgesetzt

Nach dem Ende der Sowjetunion entstanden in Belarus unabhängige Gewerkschaften, welche sich im Kongress der Demokratischen Gewerkschaften BKDP zusammenschlossen. Mit Lukaschenkos Machtantritt 1994 wurde die Möglichkeit, neue Gewerkschaften zu bilden, wieder eingeschränkt. Der regierungsnahen Gewerkschaftsbund FPB steht seit 2001 unter direkter staatlicher Kontrolle. Neu entstandene unabhängige Gewerkschaften konnten gar nicht erst registriert werden. Von den Arbeiter*innen aufgebaute Organisationen wurden nicht anerkannt und galten als illegal. Als es 2019 nach langem Kampf endlich gelang, eine neue Gewerkschaft zu registrieren, wurden die unabhängigen Gewerkschaften so stark unter Druck gesetzt, dass sie in der Folge 1000 Mitglieder verloren.



Angeklagt ohne Beweise: Gewerkschafterin Sudha Bharadwaj.

Foto: Karin Scheidegger

Indien: Solidaritätskomitee in der Schweiz

Für die Freilassung politischer Gefangener

In Indien wurden in jüngster Zeit auffällig viele Menschenrechtsaktivist*innen und Regierungskritiker*innen nach Antiterrorgesetzen angeklagt. Die Regierung beschuldigt sie, einer antinationalen Verschwörung anzugehören. Der bekannteste Fall ist der «Bhima Koregaon»-Fall. Nachdem sich Mitglieder der untersten Kasten am Neujahrstag 2018 versammelt hatten, wurden sie von Hindunationalisten gewalttätig angegriffen. In der Folge wurden die bekanntesten Dissident*innen im Land verhaftet. Sie werden angeschuldigt, sich verschworen zu haben, um Unruhe zu schüren und die gewählte Regierung zu stürzen.

Bisher sind 16 Intellektuelle, Künstler, Anwalt*innen, Aktivist*innen und ein 83-jähriger Jesuitenpater in diesem Zusammenhang verhaftet worden. Eine von ihnen ist die Gewerkschafterin und Anwältin Sudha Bharadwaj. Der SOLIFONDS kennt sie seit vielen Jahren aus der Zusammenarbeit für die Rechte von Leiharbeiter*innen beim Zementkonzern Holcim in Indien. Sudha Bharadwaj und weitere Verhaftete sind seit über zwei Jahren im Gefängnis. Bisher hat weder ein Verfahren stattgefunden noch bestehen glaubwürdige Beweise. Dennoch wird den Verhafteten eine Freilassung auf Kautions verweigert. Damit sind sie den Gefahren der Covid-19-Pandemie in den Gefängnissen besonders ausgesetzt.

Was die Verhafteten gemeinsam haben, ist, dass sie die Regierungspolitik kritisieren und sich für die Entrechteten in Indien einsetzen – für Angehörige der untersten Kasten, Indigene, Arbeiter*innen, Bäuer*innen, Frauen. Die Gesetze, nach denen die Verhafteten angeklagt wurden, gehören zu den strengsten – darunter das Anti-Terror-Gesetz UAPA. Sie ermöglichen eine sehr lange Untersuchungshaft und machen eine Freilassung auf Kautions schwierig, wenn nicht unmöglich.

Forderung nach rascher Freilassung

Schweizer Parlamentarier*innen und Gewerkschafter*innen haben Ende 2020 zusammen mit dem SOLIFONDS ein Solidaritätskomitee mit den politischen Gefangenen in Indien gegründet. Damit protestieren sie gegen die Kriminalisierung von Menschenrechtsaktivist*innen und Regierungskritiker*innen. Sie fordern, dass die Verhafteten angesichts der Covid-19-Pandemie schnellstmöglich auf Kautions freigelassen werden. Weiter haben sie die indische Regierung aufgefordert, dafür zu sorgen, dass Unregelmässigkeiten in der Vorgehensweise gegen die Verhafteten untersucht und die Rechte der Gefangenen vollumfänglich garantiert werden.

Danke Anja, Bruno, Cédric und Mattea!

Während vielen Jahren war Bruno Gurtner Stiftungsrat des SOLIFONDS. Im Herbst 2020 hat er sich von seinem Engagement beim SOLIFONDS zurückgezogen. Auch zurückgetreten ist eine weitere langjährige Stiftungsrätin, Anja Ibkendanz. Beide haben Solidar im Stiftungsrat vertreten. Wir danken ihnen herzlich für ihr Engagement für die Solidaritätsarbeit!

Auch Cédric Wermuth und Mattea Meyer sind nach ihrer Wahl zum SP-Präsidium aus dem Stiftungsrat des SOLIFONDS zurückgetreten, um sich ganz ihrer Arbeit bei der SP Schweiz zu widmen. Auch ihnen beiden danken wir herzlich für ihr Engagement beim SOLIFONDS!

Willkommen Katja, Claudia und Severin!

Neu im Stiftungsrat durften wir Ende 2020 Katja Schurter willkommen heissen. Sie ist bei Solidar Suisse für Publikationen zuständig. Für die SP Schweiz neu dabei sind St. Galler-Nationalrätin Claudia Friedl, u.a. Mitglied der Aussenpolitischen Kommission des NR, sowie Severin Meier, politischer Fachsekretär für Aussen-, Friedens- und Sicherheitspolitik der SP. Wir heissen sie herzlich willkommen und freuen uns auf die Zusammenarbeit!

Am 7. März: Nein zu Palmöl!

Am 7. März kommt das Freihandelsabkommen Schweiz-Indonesien zur Abstimmung. Eine Allianz von zivilgesellschaftlichen Akteuren hat dagegen das Referendum ergriffen. In Indonesien wird massive Abholzung des Regenwalds für Palmölplantagen betrieben, Kinder- und Zwangsarbeit sowie der Einsatz giftiger Pestizide und die Vertreibung von Indigenen sind an der Tagesordnung. Griffige Kontroll- und Sanktionsmechanismen fehlen im Freihandelsabkommen. Durch den Patentschutz wird zudem der Zugang der Bevölkerung zu erschwinglichen Medikamenten erschwert. Der SOLIFONDS lehnt deshalb das Freihandelsabkommen ab.

IMPRESSUM: SOLIFONDS – Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt, Quellenstrasse 25, 8005 Zürich
Tel. 044 272 60 37, mail@solifonds.ch, www.solifonds.ch, PC 80-7761-7, IBAN CH52 0900 0000 8000 7761 7

Redaktion: Aurora García, Yvonne Zimmermann

Druck: printoset, Zürich (gedruckt auf Refutura-Papier: 100% Altpapier, Blauer Engel, FSC zertifiziert, Co₂-neutral)